

Lange wurde die Frage kontrovers diskutiert, ob die *L.* Munition an Bord hatte. Dem Einschlag des Torpedos folgte eine zweite Explosion, die das Schiff binnen achtzehn Minuten sinken ließ. Nach Darstellung der britischen Behörden war ein zweiter Torpedo abgefeuert worden, was die besondere Brutalität des deutschen Vorgehens belegt hätte. In Deutschland galt es als sicher, daß das Schiff insgeheim bewaffnet war und Munition geladen hatte. In der Tat hatte die *L.* in ihrer Fracht 4,2 Mio. Schuß Gewehrmunition, die jedoch keine Explosion verursachen konnten, und 5.000 Schrapnellgeschosse, die nicht mit Sprengstoff gefüllt waren und folglich nicht detonierten. Möglicherweise erfuhren deutsche Agenten in New York durch Einblick in die Ladepapiere von der Munitionsfracht. Der Kommandant der *U 20*, Kapitän Schwieger, erhielt jedoch weder einen Befehl zur Versenkung der *L.*, noch kann er von deren Ladung in Kenntnis gesetzt worden sein. Sein Boot war zufällig auf die *L.* getroffen. Erst 1995 gelang es einer Tauchexpedition zu dem in etwa 100 m Tiefe liegenden Wrack der *L.* vorzudringen und die These von einem zweiten Torpedoeinschlag wie auch von der Explosion der an Bord befindlichen Munition zweifelsfrei zu widerlegen.

Offene Fragen bestehen hingegen noch in Bezug auf die Politik der britischen Marineführung unter Minister Churchill. Es war der Admiralität bekannt, daß deutsche U-Boote vor der Südküste Irlands operierten, jedoch gelangte keine ausdrückliche Warnung an die *L.* Nach deutscher Auffassung benutzte Churchill die Passagiere als menschliche Schutzschilde für die Munition; manche Autoren behaupten, Churchill habe die Versenkung der *L.* mit ihren 2.000 Passagieren zynisch in Kauf genommen, um die USA in den Krieg zu ziehen. Der Untergang der *L.* entfachte tatsächlich heftige antideutsche Reaktionen in den USA. Die meisten Zeitungen sahen darin eine Parallele zu den bereits durch die Presse bekanntgemachten deutschen Kriegsgreueln in Belgien, zumal nur eine Woche später der Bericht des britischen Bryce Committee erschien, in dem die deutsche Kriegführung in Belgien scharf kritisiert wurde. Die amerikanische Regierung legte in Berlin energischen Protest ein, jedoch entschied sich Präsident Wilson entgegen den Forderungen mehrerer Berater und den Erwartungen vieler Beobachter gegen den Kriegseintritt. Viel spricht für die weniger

spektakuläre Erklärung, daß die bürokratische Schwerfälligkeit der britischen Admiralität für die fehlende U-Boot-Warnung verantwortlich war.

Zweifellos kam die *L.*-Katastrophe der britischen Propaganda gelegen. In Deutschland war die wegen der Versenkung der *L.* ausgebrochene Siegesstimmung u. a. Anlaß für die Prägung einer Medaille, auf der eine mit Munition und Waffen gefüllte, sinkende *L.* abgebildet war. Die Medaille war von einem Privatunternehmer in 180 Exemplaren geprägt worden, bevor die Produktion aufgrund des negativen Presseechos im Ausland verboten wurde.

Lit.: P. O'Sullivan, *Die Lusitania. Mythos und Wirklichkeit*. Hamburg 1999.

ALAN KRAMER

**Luxemburg.** Der Erste Weltkrieg ist im kollektiven Gedächtnis der Luxemburger kaum präsent, und auch die Geschichtsschreibung des Landes hat sich bisher nur wenig für diese Zeit interessiert.

Mit dem Eintritt *L.* in den Zollverein (1842) war es zu einer sehr engen Verflechtung des wirtschaftlichen Lebens zwischen dem Großherzogtum und den angrenzenden deutschen Territorien gekommen. 1872 gelangte die luxemburgische Eisenbahn in reichsdeutsche Hände. Der Aufschwung der Eisenindustrie wurde sowohl durch deutsches Kapital (z. B. Gelsenkirchener Bergwerk AG) als auch durch deutsche Arbeitskräfte (über die Hälfte der 1910 in *L.* lebenden Ausländer) ermöglicht. Am Vorabend des Weltkrieges befand sich das Großherzogtum ökonomisch bereits im Einflußbereich des Kaiserreichs.

*L.* wurde in den Morgenstunden des 2. Aug. 1914 besetzt, da es galt, diesen wichtigen Verkehrspunkt vor dem eigentlichen Kriegsbeginn als Aufmarschgebiet zu sichern. Die Regierung protestierte noch am selben Tag gegen die Verletzung der Neutralität. Am 4. Aug. erklärte Reichskanzler Bethmann Hollweg, daß Deutschland gezwungen sei, sich »über den berechtigten Protest Luxemburgs und der belgischen Regierung hinwegzusetzen«, um einem französischen Einfall zuvorzukommen.

Unter der Leitung von Staatsminister Paul Eyschen, der die Geschicke des Landes schon seit 1888 leitete, versuchten die politischen und wirtschaftlichen Eliten, das Land weiter zu regieren: *L.* sei auch jetzt noch neutral und

indirekt die deutschen Kriegsbemühungen. Ein im Mai/Juni 1917 ausgebrochener Streik brach zusammen, als sich herausstellte, daß die deutschen Besatzungstruppen diese Unterbrechung des Wirtschaftslebens nicht länger dulden würden. 1918 wurden luxemburgische Arbeiter von deutschen Firmen angeworben, um den Arbeitermangel im Kaiserreich zu beheben, ohne daß es der Regierung gelang, wirkungsvolle Maßnahmen dagegen durchzusetzen. Sowohl das Post- als auch das Pressewesen standen unter deutscher Aufsicht. Der Spionage verdächtigte Luxemburger wurden von deutschen Kriegsgenrichtern verurteilt.

Während das Land selbst im Krieg nur sehr schwer eine eigene Außenpolitik verfolgen konnte, wurden in einigen der kriegsführenden Länder bereits weitreichende Pläne für die Nachkriegszeit erörtert. Nach Bethmann Hollwegs Septembrogramm sollte das Großherzogtum ein deutscher Bundesstaat werden. Vier Jahre später, auf der Konferenz in Spa, hatten sich diese Entwurfe nur geringfügig verändert. Aber auch in den alliierten Ländern, in denen man den Kurs des luxemburgischen Hofes und der Regierung teilweise heftig kritisierte, gab es Pläne, der Unabhängigkeit des Landes ein Ende zu setzen. Nach der Niederlage Deutschlands ging jedoch die größte Gefahr für die luxemburgische Souveränität von Belgien aus. Das Nachbarland betrachtete das Großherzogtum als ein verlorenes Kernland, das es, nach den Ergebnissen von 1830-1839, wieder zurückzugewinnen galt. Trotz vielfältiger diplomatischer Bemühungen während des Krieges gelang es der belgischen Regierung nicht, dieses Ziel nach Kriegsende zu verwirklichen. Das lag einerseits am Einspruch Frankreichs, andererseits an der Politik Wilsons, die auch für kleine Länder ein politisches Selbstbestimmungsrecht forderte.

Die Nachkriegszeit war außenpolitisch eine für den Fortbestand des Großherzogtums sehr ungewisse Zeit, aber auch innenpolitisch kamen die Spannungen aus den Kriegsjahren nun voll zur Geltung. Nachdem L. im Nov. 1918 zum Durchmarschgebiet der heimkehrenden deutschen Soldaten geworden war und ein am 10. Nov. ausgerufenes Sozialistischer Rat keinen Widerhall fand, trafen am 21. Nov. 1918 die ersten amerikanischen Truppen unter der Leitung von John Pershing ein. Danach kam es zu einer Doppelverwaltung des Landes durch die amerikanische

souverän, lautete ihre Argumentation. Doch die auch in anderen Ländern vielbeschwo-rene nationale Einheit war sehr brüchig. Vor dem Krieg existierende Spannungen zwischen der Blockmehrheit, bestehend aus Liberalen und Sozialisten, und den Rechten kamen schnell wieder zum Vorschein. Dabei wurde die Person der Großherzogin, zumindest unterschwellig, schnell zum Kristallisationspunkt der Auseinandersetzungen. Marie Adelhaid (reg. 1912-1919) hatte schon in der Vorkriegszeit Kritik auf sich gezogen, indem sie sich gegen ein liberales Schulgesetz ausgesprochen und somit Stellung in einer parteipolitischen Auseinandersetzung bezogen hatte. Diese Politik setzte sie teilweise noch im Kriege fort, was 1915 sogar zu Neuwahlen führte. Des weiteren wart man ihr eine deutschfreundliche Haltung vor. Ihr Hofstaat bestche größtenteils aus deutschen Persönlichkeiten und sie unterhalte zu engen Verbindungen mit der Besatzungsmacht, so z. B. bei einem Empfang des deutschen Kaisers im Aug. 1914. Die am 26. Aug. 1918 angekündigte Heirat von Prinzessin Marie Antonia mit dem bayerischen Kronprinzen Ruprecht wurde von der politischen Klasse des Landes als ein unkluger Schritt angesehen.

Zwischen Kriegsanfang und -ende gab es in L. fünf Regierungen: die Kabinette Blyschen (bis Okt. 1915), Loutsch (Nov. 1915 - Febr. 1916), Thorn (Febr. 1916-April 1917), Kauffmann (Juni 1917-Sept. 1918) und Reuter (ab Sept. 1918). Die luxemburgische Regierung sah sich zwei großen Schwierigkeiten gegenübergestellt. Einerseits galt es, schnell die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Andererseits versuchte sie, die Unabhängigkeit des Landes aufrechtzuerhalten. Die durch den Kriegsausbruch verursachte Verlangsamung des wirtschaftlichen Lebens trat zunächst vor allem die ausländischen Arbeiter, die zuerst entlassen wurden. Versuche, über die Kommission für Relief in Belgien die Versorgung von L. zu gewährleisten, scheiterten am Widerstand Großbritanniens, das erklärte, daß die Verantwortung bei Deutschland liege. Das Kaiserreich weigerte sich jedoch, der großherzoglichen Regierung eine eigene Versorgungspolitik zu gestatten. Am 3. Nov. 1916 erklärte sich diese schließlich bereit, Einkäufe im neutralen Ausland künftig »den deutschen Einkaufsorganisationen zu überlassen«. Auf der wirtschaftlichen Ebene wurde L. in die deutsche Kriegswirtschaft integriert. Die Eisen- und Montanindustrie unterstützte

sche und französische Armee, ohne daß das politische Leben allerdings zum Erliegen kam. Der Versuch, im Jan. 1919 eine Republik auszurufen, scheiterte vor allem an der Präsenz französischer Truppen. Die Großherzogin Marie Adelheid konnte sich nicht mehr halten; ihre Schwester Charlotte wurde als ihre Nachfolgerin eingesetzt. In einem Referendum sprachen sich rund 80 % der Wahlberechtigten für den Fortbestand der Monarchie unter der neuen Regentin aus. Das Land trat aus dem Zollverein aus und schloß 1922 einen Zollbund mit Belgien.

Eine wichtige Rolle im Selbstverständnis der Luxemburger in der Nachkriegszeit spielten die Emigranten, die in einer der alliierten Armeen als Soldat gekämpft hatten. Der größte Teil dieser Freiwilligen hatte sich der französischen Fremdenlegion angeschlossen, andere kämpften auf Seiten der belgischen und amerikanischen Armee. Sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien kam es aber auch zu Inhaftierungen von Luxemburgern, die der Deutschfreundlichkeit verdächtigt wurden. Die genaue Anzahl dieser Freiwilligen in den alliierten Armeen ist bis heute unbekannt; sie dürfte sicherlich unter der oft zitierten Zahl von 3.000 liegen. Aus einem Sample von 956 Soldaten hat der Historiker Gilbert Trausch eine Verlustrate errechnet, die zwischen 29 und 40 % liegt, ein Prozentsatz, der im Vergleich zu anderen Ländern sehr hoch ist, jedoch weit unter den 90 % liegt, die immer wieder genannt werden. Dieses Engagement von im Ausland lebenden Luxemburgern erlaubte es dem Land, sich nach 1918 auf der Seite der siegreichen Alliierten zu sehen. Am 16. März 1919 bereitete die Bevölkerung diesen Soldaten einen begeisterten Empfang in der Hauptstadt. Vier Jahre später wurde ein Denkmal (Gëlle Fra) errichtet, das der im Weltkrieg gefallenen Soldaten gedachte. In der Zwischenkriegszeit wurde dieses Monument zu einer Gedenkstätte, an der bei offiziellen Staatsbesuchen Blumen niedergelegt werden. Der Versuch der Nationalsozialisten, die Skulptur im Okt. 1940 von ihrem Sockel zu reißen, führte zu den ersten öffentlichen Demonstrationen gegen die Besatzer. → *Septemberprogramm*

Lit.: J.-M. Kreins, *Histoire du Luxembourg des origines à nos jours*, Paris 1996; G. Trausch, *Histoire du Luxembourg*, Paris 1992.

BENOÎT MAJERUS

**Luxemburg, Rosa**, \* Zamość 5.3.1870, † (ermordet) Berlin 15.1.1919, deutsche Politikerin und Publizistin. – L. stammte ursprünglich aus Polen; nach Studium der Nationalökonomie und Promotion in Zürich wurde sie, seit 1898 deutsche Staatsangehörige, Mitglied der SPD und Dozentin an der Zentralen Parteischule. Als führende Vertreterin der sozialdemokratischen Linken bekämpfte sie nach Kriegsausbruch entschieden die »Burgfriedenspolitik« der SPD-Mehrheit. Die überwiegende Zeit des Krieges verbrachte L. im Gefängnis (März 1915 bis Febr. 1916 und Juli 1916 bis Nov. 1918). Die glänzende Rednerin und Journalistin organisierte gemeinsam mit Karl Liebknecht die radikale Linke in der Gruppe Internationale (später Spartakusgruppe). In der Haft verfaßte sie die (im Frühjahr 1916 unter dem Pseudonym »Junius« illegal verbreitete) Schrift über *Die Krise der deutschen Sozialdemokratie* und gab mit den dort veröffentlichten *Leitsätzen über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie* sowie den *Spartakusbriefen* der Spartakusgruppe die programmatische Grundlage. Am 8. Nov. 1918 aus der Haft entlassen, gründete sie mit Karl Liebknecht das Kampfblatt *Die Rote Fahne*.

In ihrem beharrlichen Kampf gegen den Krieg setzte sie ihre Hoffnungen auf eine internationale Verständigung der sozialistischen Parteien und auf eine Mobilisierung der »Massen« zur Revolution. Der eigene Anspruch, eine führende Rolle in der deutschen Arbeiterbewegung einzunehmen, und die tatsächliche Wirkung auf die sozialdemokratische Anhängerschaft klappten jedoch weit auseinander; L.s Einfluß blieb begrenzt: Nach enttäuschenden Erfahrungen mit den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten und dem Reichsrätekongreß gehörte sie Ende Dez. 1918 zu den Mitbegründern der KPD; L. wurde ebenso wie Liebknecht nach dem von ihr nicht gebilligten kommunistischen Januaraufstand 1919 von Freikorpsoffizieren ermordet.

Lit.: P. Nettel, *Rosa Luxemburg*, 2. Aufl., Köln/Berlin 1968.

WALTER MÜHLHAUSEN

**Lyautey, Louis Hubert Gonzalve**, \* Nancy 17.11.1854, † Thorey (Département Meurthe-et-Moselle) 21.7.1934, französischer General und Politiker (Kriegsminister). – L., der als Kavallerieoffizier ab 1873 an der Militärakademie